



Sabine Dittmar
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

Berlin, 16.09.2014

Sabine Dittmar, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71810
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
kontakt@sabine-dittmar.com

die Sommerpause liegt hinter uns und ich starte mit Tatendrang und Optimismus in mein zweites Jahr im Deutschen Bundestag. Letzte Woche ging es mit der ersten Haushaltswoche für den Bundeshaushalt 2015 auch gleich wieder richtig zur Sache. Tatsächlich strebt es die Bundesregierung an, mit dem Haushalt für das kommende Jahr einen Haushalt ohne neue Schulden zu verabschieden. Das wäre der erste Bundeshaushalt seit 1969, in dessen Bilanz am Ende eine schwarze Null stehen könnte.

Ausfuhrrekord, starke Binnennachfrage und hohe Steuereinnahmen sorgen dafür, dass es Staat und Wirtschaft finanziell sehr gut geht. Dies gewährt uns einen Spielraum, so dass der Staat in großem Umfang investieren und gestalten kann. Worauf wir allerdings achten müssen, ist, dass nun genügend, sprich deutlich mehr Geld in unsere maroder werdende Infrastruktur investiert wird.

Auch in meinem Fachgebiet Gesundheit gilt es, im Herbst ein großes politisches Vorhaben erfolgreich zu verhandeln und auf den Weg zu bringen: das Versorgungsstrukturgesetz, mit dem wir die flächendeckende, gute medizinische Versorgung in unserem Land auch künftig sicherstellen wollen. Packen wir's an!

TOP-THEMA	Seite 2
HAUSHALT 2015	Seite 4
AUSSENPOLITIK	Seite 5
GEDENKEN	Seite 6

Ihre

Sabine Dittmar, MdB



DAS BILD DER WOCHE



Die Genossinnen und Genossen der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60+ im Landkreis Bad Kissingen besuchten mich letzten Freitag im Deutschen Bundestag. Fast eine Stunde diskutierten wir über mein erstes Jahr im Bundestag, über die Arbeit der Großen Koalition, meine Arbeit im Gesundheitsausschuss und über die sicherheitspolitische Lage in der Ukraine und im Irak.

TOP-THEMA

Generaldebatte: Keine Politik mehr zulasten künftiger Generationen

Traditionell ist die Beratung des Etats Bundeskanzleramt in einer Haushaltswoche Anlass zur so genannten Generaldebatte im Bundestag. Die Regierung bzw. die Regierungsfaktionen stellen ihr Arbeitsprogramm vor und thematisieren wichtige Grundsatzzorhaben, die Opposition setzt sich kritisch mit der Arbeit der Regierung auseinander.

Oppermann machte in seiner Rede einen Parcours über die wichtigsten Themenfelder. Dabei widmete er sich ausführlich der Krise in der Ukraine. Es sei ein starkes Signal vom Nato-Gipfel ausgegangen, bei dem alle 28 Mitgliedsländer eine gemeinsame Linie gezeigt hätten. „Die Nato und die EU stehen fest zusammen“, sagte Oppermann. Er warnte zugleich vor einem „Kleinreden der Sanktionen“ und der diplomatischen Bemühungen, denn: „Diese Krise lässt sich nicht mit militärischen Mitteln lösen“.

Keine neuen Schulden mehr 2015

Ein großer Aspekt seiner Ausführungen war die deutsche Wirtschaft, die momentan recht gut dastehe (Ausfuhrrekord, starke Binnennachfrage, hohe Steuereinnahmen). Deshalb sei es so wichtig, erstmals einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen, den für das Jahr 2015. „Das ist eine historische Zäsur“, sagte Oppermann. Nur mit einem ausreichenden finanziellen Spielraum könne der Staat investieren und gestalten. Das wichtigste Signal dieses ausgeglichenen Haushalts aber sei: „Wir betreiben keine Politik zulasten künftiger Generationen“. Der Fraktionschef zählte auf, wie stark die Länder und Kommunen in den nächsten Jahren vom Bund unterstützt werden, einige Leistungen werden sogar komplett vom Bund übernommen (Bafög).



Und doch: Es droht ein Investitionsstau, konstatierte Oppermann. Das könne zum Problem der ganzen Volkswirtschaft werden. „Wir leben momentan von der Substanz“, so Oppermann. Allein beim Verkehr müssten 7 Milliarden Euro mehr pro Jahr investiert werden.

Deshalb komme es nun auf zwei Dinge an. Erstens: Die Mautdebatte dürfe nicht verengt werden auf die PKW-Maut, sondern müsse auch die LKW-Maut erfassen. Die nämlich soll, fordert Oppermann, erweitert werden. Es müsse stark in Engpassstellen des Verkehrs investiert werden. Daraus folgt zweitens: „Wir müssen kreative Wege suchen, wie privates Kapital stärker in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden kann – sofern das effizient und wirtschaftlich geschieht.“ Als Beispiel nannte Oppermann die großen Lebensversicherer. Die könnten künftig ihr Kapital zum Beispiel in die erneuerbaren Energien investieren statt in unsichere Finanzprodukte. Er stellt aber auch klar: „Autobahnen und Schienen bleiben öffentliches Eigentum“. Investitionen seien „kein Feld für ideologische Auseinandersetzungen“.

Oppermann verwies auch auf den Fachkräftemangel. Diesem könne unter anderem begegnet werden mit besserer Nachqualifizierung von jungen Menschen. Dazu zähle auch die starke Erhöhung des Bafögs von 2016 an.

Frauenquote muss kommen

In dem Zusammenhang bekräftigte Oppermann, dass die Koalition mehr für Familien tun werde, etwa mit dem Elterngeld plus und einem Pflegezeitgesetz. Ebenso werde die Frauenquote kommen. Die Männerdominanz in Aufsichtsräten habe mit einem Leistungsprinzip nichts zu tun.

Auch bei den explodierenden Mieten in Ballungsräumen werde die Koalition aktiv. Oppermann: „Die Mietpreisbremse muss kommen“. Die soziale Verdrängung dürfe so nicht weitergehen.

Schließlich mahnte Oppermann, die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme nicht allein zu lassen. Es sei klar, dass Deutschland Flüchtlinge aufnehme. Oppermann appellierte, dass es notwendig sei, sich vor allem auf diejenigen zu konzentrieren, die wirklich aus Kriegsgebieten kämen und in Not seien. Er kündigte an: „Wir wollen ein europäisches Flüchtlingskonzept“. Die SPD-Fraktion werde dabei Bundesinnenminister De Maizière unterstützen.

Bundestag berät Haushaltsentwurf 2015 der Bundesregierung

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche in 1. Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts der Bundesregierung für das Jahr 2015 diskutiert. Am 9. September erfolgte die Einbringung des Bundeshaushalts 2015 im Parlament mit der anschließenden allgemeinen Finanzdebatte (Drs. 18/2000).

„Mit dem Haushalt 2015, den die Regierung eingebracht hat, beginnt eine Zeitwende“, sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider in der Debatte. Es sei der erste Bundeshaushalt seit mehreren Jahrzehnten, der den Versuch unternehme, ohne Neuverschuldung auszukommen. Schneider hoffe, dass dies zu schaffen ist. Einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung hatte es das letzte Mal 1969 gegeben. Die Große Koalition der 16. Wahlperiode hatte die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte beschlossen. Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sieht einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung sowie die Sicherstellung der Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden in Verantwortung für künftige Generationen vor.



Ausgaben von fast 300 Milliarden Euro vorgesehen

Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt 2015 Ausgaben in Höhe von 299,5 Milliarden Euro. Das sind 3 Milliarden Euro mehr als 2014. Für Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schiene und Wasserstraßen wird 2015 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitgestellt. Auch für die Städtebauförderung mit dem Programm Soziale Stadt stehen 2015 wieder 700 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Finanzierung des BAföG vollständig. Damit entlastet er die Länder um mindestens 1,17 Milliarden Euro. Für den Forschungsetat gibt es im nächsten Jahr 200 Millionen Euro mehr. Für die Eingliederung von Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt stehen auch 2015 wieder 350 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Und schließlich werden Städte und Gemeinden im kommenden Jahr um eine weitere Milliarde Euro entlastet. Das bedeutet für 2015 einen um 500 Millionen Euro höheren Anteil für den Bund an den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie einen um 500 Millionen Euro höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer.

Deutschland braucht mehr Investitionen

Schneider stellte klar, dass Deutschland mehr öffentliche und private Zukunftsinvestitionen brauche. Die Große Koalition wird deshalb die Investitionen in dieser Wahlperiode in die Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden Euro, in Bildung um 6 Milliarden Euro und in die Forschung um 3 Milliarden Euro erhöhen. Schneider ist sich sicher, dass dies jedoch nicht ausreichen werde. Aus diesem Grund unterstützt er die Überlegungen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Schäuble, Sparkapital in Deutschland für Investitionen in Unternehmen und in die öffentliche Infrastruktur zu akquirieren.

Haushalt 2015

Unser Ziel: keine Schulden, viel Gestaltung

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden – das soll 2015 zum ersten Mal nach vierzig Jahren wieder gelingen. Zu Recht wird die Große Koalition von allen Seiten dafür gelobt. Denn hier geht es nicht einfach um eine historische Wegmarke, sondern um Gerechtigkeit, vor allem um Generationengerechtigkeit. Die Last der Schulden trägt hauptsächlich immer die nächste Generation. Wer Schulden macht, die er selbst nicht mehr zurückzahlen kann, der bestiehlt seine Kinder und Enkelkinder. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

Dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung, hat die Koalition bereits mit dem Haushalt für 2014 bewiesen. Sie setzt diese Linie jetzt mit dem Entwurf für 2015 konsequent fort. Im Vordergrund steht dabei weiterhin die Umsetzung der „prioritären Maßnahmen“ aus dem Koalitionsvertrag:

Wir entlasten die Kommunen um 1 Milliarde Euro pro Jahr im Vorgriff auf ein Bundesteilhabegesetz. Für den Haushalt 2015 bedeutet das:

- 500 Mio. Euro höherer Bundesanteil an Kosten der Unterkunft,
- 500 Mio. Euro höherer Gemeindeanteil an Umsatzsteuer.

Wir entlasten die Länder um 6 Milliarden Euro über die Wahlperiode für Bildungsaufgaben, für Kinderkrippen, für Kitas, für Schulen und Hochschulen. Für 2015 heißt das vor allem: Vom 1. Januar 2015 an finanziert der Bund das BAföG alleine. Für die Länder bedeutet das eine Entlastung um mindestens 1,17 Milliarden Euro pro Jahr.



Kurs hält die Koalition auch bei den Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur: 5 Milliarden Euro zusätzlich in dieser Wahlperiode haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Im Bundeshaushalt 2015 bedeutet das: 1 Milliarde mehr als in der alten Finanzplanung vorgesehen. Davon:

- 700 Mio. Euro für die Straße,
- 200 Mio. Euro für die Schiene und
- 100 Mio. Euro für die Wasserstraße.

Die SPD hat auch durchgesetzt, dass die Große Koalition wieder mehr für den Städtebau tut: 600 Millionen Euro gibt es zusätzlich in der Wahlperiode, damit die Programmmittel in jedem einzelnen Jahr wieder auf 700 Millionen Euro ansteigen können.

Das werden wir auch 2015 wieder so umsetzen. Investiert wird hier sowohl in konkrete Baumaßnahmen, aber auch in das Programm „Soziale Stadt“.

AUSENPOLITIK/VERTEIDIGUNG

SPD-Fraktion stimmt Hilfen für Irak zu

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) massakriert die Menschen im Irak und in weiteren Ländern. Hunderttausende sind auf der Flucht. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt humanitäre Hilfen für den Nordirak und billigt auch Waffenlieferungen. Am 1. September haben die Abgeordneten des Bundestags in einer Sondersitzung über Unterstützungsleistungen für die Kurden debattiert.

Die mörderische Organisation Islamischer Staat (IS) terrorisiert in einem nie dagewesenen Maße die Bevölkerung des Irak. Seit Juni dieses Jahres sind große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Der IS kämpft sich immer weiter vor, eroberte zeitweilig den Mosul-Staudamm. Auch Truppen der kurdischen Regionalregierung (Peschmerga) konnten dem IS keinen Einhalt gebieten. Mehr als 200.000 Menschen – darunter Christen, Turkmenen und Jesiden – mussten fliehen. 50.000 Jesiden flohen in die Sinjar-Berge und wurden eingekesselt von IS-Kämpfern. Andere wurden ermordet oder versklavt.

Die Vereinten Nationen (UN) schätzen, dass es mehr als 1 Million Binnenvertriebene im Irak gibt. Und der IS ist mächtig, finanziell sehr gut aufgestellt. Mit seinem Vorrücken ist die staatliche Einheit Iraks in Gefahr, Auswirkungen auf die Türkei sind nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund und in Absprache mit den europäischen Außenministern hat die Bundesregierung den Beschluss gefasst, neben humanitärer Hilfe auch militärisches Gerät an den Irak zu liefern. Es geht um eine Nothilfe, die dem Schutz von Leib und Leben dient.

Gewissensentscheidung für Abgeordnete

Ein Bundestagsmandat ist für den Einsatz zwar nicht nötig, dennoch debattierten die Abgeordneten Anfang September über die humanitären Hilfen und Waffenlieferungen. Beschlossen wurde ein Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung zusammen mit den europäischen Partnern ein umfassendes Unterstützungspaket für die irakische Zentralregierung und die Regionalregierung Irak-Kurdistan beschlossen hat.



SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte vor der Plenarsitzung: „Die Gefahr, dass der Völkermord fortgesetzt wird und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nordirak weitergehen, ist für mich größer als das Risiko, dass die Waffen in falsche Hände geraten“. Die Abstimmung sei für jeden Abgeordneten aber ganz klar eine Gewissensentscheidung.

Besonders wichtig ist für die SPD-Fraktion, dass schnell und entschlossen humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurde und dass die Bundesregierung diese Mittel gegebenenfalls weiter aufstocken wird.

Der Bundestag forderte die Regierung auf, sich weiterhin für die Bildung einer inklusiven Regierung im Irak einzusetzen und den politischen Prozess zur Einbindung aller Volksgruppen im Irak zu unterstützen (Drs. 18/2459).

Den Konflikt politisch lösen

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion haben sich die Entscheidung, den Waffenlieferungen an den Nordirak zuzustimmen, nicht leichtgemacht. Einige betrachten dies mit großer Skepsis, da die Waffen möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt in einem innerirakischen Konflikt zwischen den drei großen Volksgruppen zum Einsatz gebracht werden könnten oder an andere Gruppen missbräuchlich gelangen könnten. Einig sind sich die Abgeordneten indes, dass der Konflikt politisch gelöst werden und die humanitäre Hilfe im Vordergrund stehen muss.

"Diese Krise hat Europa und Deutschland längst erreicht", stellte der verteidigungspolitische Sprecher Rainer Arnold klar. Kein Land allein könne den islamistischen Terror besiegen, darum sei es wichtig, dass Deutschland verlässlich sei. Das sei, so Arnold, nicht zuletzt im eigenen sicherheitspolitischen Interesse. "Die Region brennt sonst lichterloh." Die IS-Miliz sei so brutal, dass dies ein Weckruf für die Staatengemeinschaft sein müsse, den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es sei wichtig und richtig, die örtlichen Sicherheitsstrukturen im Irak zu unterstützen.

Bei der Abstimmung im Bundestag stimmte die SPD-Bundestagsfraktion bei einigen Gegenstimmen den Hilfen für den Irak zu.

GEDENKEN

Bundestag erinnert an Ausbruch des Zweiten Weltkriegs

Am 1. September 1939 überfiel, ohne vorherige Kriegserklärung, die deutsche Wehrmacht Polen. Damit begann vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg, der bis 1945 in Europa wütete und Millionen Menschen das Leben kostete. An den Ausbruch dieser Katastrophe erinnerte am 10. September der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde. Als Gastredner war auf Einladung des Parlaments der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski nach Berlin gekommen.

Bronislaw Komorowski, seit 2010 polnischer Staatspräsident, ist bereits seit vielen Jahren besonders engagiert in der deutsch-polnischen Aussöhnung. Bereits während seiner vorangegangenen Amtszeit als Präsident des polnischen Parlaments, dem sogenannten Sejm, gab es einen regelmäßigen Austausch mit seinem deutschen Amtskollegen Norbert Lammert (CDU).



Deutsch-polnische Freundschaft wie ein Wunder

Dieser eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Gedenkstunde, die an den deutschen Überfall auf Polen erinnerte. Mit ihm begann der Zweite Weltkrieg, der sechs Jahre dauern sollte und noch Jahrzehnte in Europa nachwirkte. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte dabei besonders an die zahllosen persönlichen Schicksale, die viele Familien bis heute prägen. Besonders Polen habe unter dem Krieg gelitten, auch die Familie von Komorowski war betroffen. Daher grenze es für Lammert an ein „Wunder“, dass gerade Polen und Deutsche heute nicht nur Nachbarn seien, die sich vertragen, sondern Freunde, die sich mögen.

Auch der polnische Staatspräsident unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung. Vor allem über die „außergewöhnliche Gegenwart“, in der junge Polen und Deutsche gemeinsam lernten und arbeiteten, zeigte er sich erfreut. Die enge Verbundenheit in den 25 Jahren seit dem Fallen des Eisernen Vorhangs sei einmalig in der Geschichte der beiden Länder, die über Jahrhunderte – vor allem für Polen – unheilvoll verlief und an die beide Redner erinnerten.

Der 62-jährige Pole erwähnte dabei auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen sowie die friedlichen Demonstrationen in der ehemaligen DDR. Zwei Bewegungen, die nicht nur viel Sympathie füreinander hatten, sondern auch Einfluss aufeinander nahmen. Mit vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hätten sie gemeinsam die Freiheit in Europa und dessen Einheit ermöglicht. „Was die Europäer verbindet, ist die Überzeugung, dass die Würde des Menschen unveräußerlich ist“, sagte Komorowski.

Zusammenstehen in Krisenzeiten

Freiheit und die Würde des Menschen, Werte die es stets zu verteidigen gilt. In beiden Ansprachen kam daher nicht nur die Vergangenheit zur Sprache. Gerade die aktuellen Herausforderungen, vor denen Polen und Deutschland sowie ganz Europa stehen, standen im Mittelpunkt der Reden. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schockieren täglich Meldungen über Gewalt aus Syrien, dem Nahen Osten, aus dem Irak und der Ukraine. Vor diesem Hintergrund forderte Komorowski eine „deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft“, in der gemeinsam Antworten auf diese Gefahren zu finden sind und die die Freiheit Europas verteidigt. Er betonte gleichzeitig, dass diese Verantwortung nicht an den Grenzen der Europäischen Union ende. Vor allem das transatlantische Bündnis müsse weiter gestärkt werden, um Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu verteidigen – sei es in Syrien, dem Irak und vor allem auch in der Ukraine.